
Jürgen Hoffmann: Die Legende vom Verrat*

Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, geb. 1944 in Jerxheim, Studium der Politischen Wissenschaft in Berlin, lehrt Politische Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Nachdem seit nunmehr fünfzehn Jahren das DGB-Grundsatzprogramm von 1981 in den untersten Schubladen der hauptamtlichen DGB-Funktionäre dahinmodert und die Politik der DGB-Gewerkschaften sich weiterhin darum bemüht, redlich und pragmatisch die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume in der sozialen Marktwirtschaft - sprich: im real existierenden westdeutschen und nunmehr auch gesamtdeutschen Kapitalismus - zu erweitern, die soziale Marktwirtschaft, - unter dem Etikett Sozialstaat - zu verteidigen, durch Arbeitszeitverkürzungspolitik auszubauen und (mit nur zeitweisem Erfolg) über die Lohnpolitik die Umverteilung zugunsten der Gewinne zu verhindern, nachdem all dies - ungetrübt vom Grundsatzprogramm von 1981 - gewerkschaftliche Praxis war und ist, ist seit Erscheinen des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm des DGB Erstaunliches zu vermelden: Liest man nämlich die innergewerkschaftlichen Kritiken an diesem Entwurf, dann wird in diesem Programm ein „Richtungswechsel zugunsten der sozial-kapitalistischen Marktwirtschaft“ vorgenommen (so Frank Deppe), mehr noch, die „Zukunft der abhängig Beschäftigten wird verspielt“, wenn es nicht gelingt, diesen Richtungswechsel zu verhindern, denn: „es kann keinen sozial-ökologisch orientierten Kapitalismus geben“ (so Klaus-Peter Kisker), es fehlt (so Heinz Bierbaum) die „Perspektive einer gesellschaftlich bestimmten Ökonomie“, die sich natürlich „von historisch gescheiterten autoritären Staatswirtschaften“ absetzen müßte. Und vom Hannoveraner Olymp der Gewerkschaftstheorie vernimmt man, daß dieser Programmwurf „vom Geist einer in die Zukunft gelenkten Organisationsphantasie nicht berührt ist“ - weil weder der gewandelte Stellenwert der DGB-Ortskartelle noch der einzufordernde „erweiterte Interessenbegriff“ Berücksichtigung findet (so Oskar Negt).¹ Der Tenor dieser *Zitate* könnte beliebig ergänzt werden, fest steht für die politische, wissenschaftliche und gewerkschaftliche Linke, daß das Programm mehr oder weniger die gewerkschaftspolitischen Ziele vergangener Zeiten - sagen wir es ruhig deutlich - verrät!

* Überarbeitete Fassung eines Vertrags auf der Veranstaltung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen/Bremen zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms am 14. Juni 1996 in Hannover.

¹ *Zitate* Deppe und Kisker aus einem Bericht der Frankfurter Rundschau „Linke Gewerkschafter zerreißen Entwurf für DGB-Programm“ vom 22. April 1996; die *Zitate* Bierbaum und Negt im Themenheft der IG-Metall „Standpunkt“ 2/1996: „Den Wandel vorantreiben“. Dort wird auch - neben abgewogenen Einschätzungen - ein ganzes Spektrum ähnlich lautender Kritiken ausgebreitet.

Legt man diese Meßplatten zugrunde, dann offenbaren sich natürlich Gewerkschaftsprogrammatik und -praxis eben jener vergangenen Zeiten in einem ganz anderen Licht, als dies gemeinhin dem naiven Analytiker von Gewerkschaftspolitik und offenbar zu Unrecht vergessener Programme erscheint: Ging es also - vor Erscheinen des aktuellen Programmentwurfs - der stets um den Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital gescharten und interessenmäßig geeinten Armee der Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften in der Bundesrepublik um die Überwindung des Kapitalismus? Um den Aufbau eines - sozialökologisch verträglichen - Sozialismus, der sich (als ob die Gewerkschaften nicht auch Kinder der Zweiten Internationalen gewesen wären) natürlich von den autoritären, staatssozialistischen Realitäten konzeptionell unterschied? Und ging es demnach in der praktischen Gewerkschaftspolitik gar nicht um gesellschaftliche Auseinandersetzungen in einer von Ludwig Erhard definierten „sozialen Marktwirtschaft“, die heute von eben diesen Gewerkschaften als „Sozialstaat“ verteidigt wird? War also die neben den harten Konflikten allgegenwärtige alltägliche Kooperation in Betrieb, Branche und Gesellschaft ein bloßes Mißverständnis, ein unzulässiges Sicheinlassen auf eine soziale Marktwirtschaft, die man eigentlich nicht als Sozialstaat verteidigte, sondern im Namen des sozialistischen Ziels bekämpfte?

Natürlich war und ist es nicht so. Der „Grundwiderspruch“ zwischen Lohnarbeit und Kapital - der übrigens so bei Marx nicht vorkommt - Marx spricht einmal in den „Grundrissen“ vom „Grundwiderspruch des prozessierenden Werts“ -, war noch nie direkt handlungsleitend, sondern steckte immer nur neben anderen, politischen und kulturellen Faktoren den Handlungsspielraum ab, innerhalb dessen sich die ökonomischen und politischen Interessen und das konkrete Handeln der lohnabhängig Beschäftigten und der der Gewerkschaften entwickelte, die ihrerseits - dies mag man bedauern - schon immer in ihrer Geschichte einer reformkapitalistischen Politik folgten (also von der Möglichkeit eines zu erkämpfenden sozialen Kapitalismus ausgingen). Schon gar nicht erzwang der angesprochene Grundwiderspruch automatisch eine Einheit aller Arbeiter (die der Gewerkschaftsmitglieder war vielmehr vorrangig milieubedingt) und der propagierte Sozialismus wurde von der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter eher als das verstanden, was auch die Erhardsche soziale Marktwirtschaft letztlich versprach, nämlich ein Mehr an Freiheit von Pressionen im Betrieb, Mitbestimmung, Sicherung der alltäglichen Existenz durch Sozialpolitik und nicht zuletzt auch „Wohlstand für alle“. Und der von der Sozialdemokratie ehemals propagierte Sozialismus wiederum hatte viel mehr mit dem staatsautoritären Sozialismus der Versorgung von der Wiege bis zur Bahre durch den Staat und damit mit dem Honneckerschen Sozialismusmodell gemein, als dies heute die sozialdemokratische Partei wahrhaben will - schließlich stand in beiden Konzeptionen ausgerechnet die deutsche Reichspost als gesellschaftliches Allokationsprinzip Pate. Und ökologisch war dabei diese Sozialismusvorstellung - so sie denn in den Köpfen tatsächlich existierte - schon gar nicht; schließlich

setzte man auf die Produktivkräfte, die den allgemeinen Fortschritt erzwingen sollten (wenn sie nicht gar nach den Vorstellungen der orthodoxen Linken „die Produktionsverhältnisse sprengten“). Und auch von der Geschlechterfrage wurde nicht geredet; diese wurde vielmehr noch in den siebziger Jahren -u.a. ausgerechnet von einem prominenten Kritiker des aktuellen Programm-entwurfs - als „abgeleiteter Widerspruch“ abgetan (in der damals durchaus schon präsenten Frauenbewegung übrigens ein glatter Lacherfolg).

Sozialstaat und Gegenmacht

Die bisherigen Grundsatzprogramme des DGB zeichneten sich dabei allgmein durch eine erstaunliche Inkonsistenz von allgemeinen und eher postulierten (linkskeynesianisch bis staatinterventionistischen) Steuerungs- bzw. Investitionslenkungsmodellen und einer pragmatischen Orientierung am westdeutschen Sozialstaatsmodell in der praktischen (und allgemein sehr erfolgreichen) Politik aus, wobei auf beiden Ebenen - Erbe der Zweiten Internationalen - von der Einheit der Arbeiterklasse und dem Grundwider-spruch zwischen Lohnarbeit und Kapital als Ansatzpunkt von Interessen und Politik ausgegangen wurde, auch wenn mit dem Erfolg des westdeutschen Kapitalismus und der Modernisierung diese Voraussetzung immer fiktiver wurde: Denn auch die traditionellen Milieus der Arbeiterschaft werden spätestens seit den sechziger/siebziger Jahren Opfer der sozialen Modernisierung. Dabei gingen diese Grundsatzprogramme immer - allen verbalen Beteue-rungen in den Präambeln zum Trotz - vom Ausbau einer sozialen Marktwirt-schaft aus, die als Sozialstaat verstanden wurde. Und dieser Sozialstaat war auch nicht nur ein Produkt der Prosperitätsperiode des westdeutschen Kapi-talismus, wie dies von den hessischen kritischen Gewerkschaftern² behauptet wird (auch wenn dies zweifellos für den Ausbau des Sozialstaats nach 1957 gilt), sondern hatte bekanntlich seine Wurzeln sowohl in der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und in erkämpften sozialstaatlichen Kompromissen in der Weimarer Republik (und letztere war nun wirklich keine Periode ökonomisch ungebrochenen Wachstums), als auch in dem gesellschaftlichen Basis-konsens während der Gründungsphase der Bundesrepublik, der auch seinen Eingang in die Programmatik der CDU /CSU und der Erhardschen sozialen Marktwirtschaft fand. Natürlich tritt die Logik des Sozialstaats immer mehr oder weniger in Konflikt mit der Logik einer kapitalistischen Marktwirt-schaft, deren Akteure nach dem Rationalitätsstandard der Gewinnerzielung („aus Geld mehr Geld machen“) verfahren, und insofern ist ein umstands-loses Setzen auf die soziale Marktwirtschaft, wie dies an etlichen Stellen in dem Programmentwurf geschieht, reichlich naiv. Aber zugleich war eben dieser Sozialstaat - und kein wie auch immer gearteter Sozialismus als konkrete Zukunftsvision - der wirkliche *Bezugspunkt* der westdeutschen Einheitsgewerkschaften und des DGB.

² Vgl. Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter (Heinz Bierbaum u. a.), „Keine Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen“, in: Frankfurter Rundschau, 2. Mai 1996.

Auch um die Entwicklung einer von den Kritikern des neuen Entwurfes immer wieder angemahnten Gegenmacht kamen und kommen die Gewerkschaften in ihrer Politik gar nicht herum, denn sie werden nur dann als Kooperationspartner ernst genommen, wenn sie sich auf die gegensätzlichen Interessen im Rahmen dieses kapitalistischen Systems einlassen - dies zu betonen, muß nicht Aufgabe eines jeden zweiten Satzes eines Grundsatzprogramms sein. Allerdings war diese Gegenmacht immer eine solche *aller* Lohnabhängigen -jedenfalls der Möglichkeit nach -, und nicht allein derjenigen, die sich auf einen alternativen Gesellschaftsentwurf hätten verständigen können. Die Position der Kritiker ist dagegen eine Position, die zwar in einer sozialistischen Richtungsgewerkschaft einlösbar wäre, nicht aber in Einheitsgewerkschaften wie denen des DGB, mit denen bekanntlich in Deutschland (allen historischen Brüchen zum Trotz) bessere Erfahrungen gemacht wurden als mit politischen Richtungsgewerkschaften in anderen europäischen Ländern.

Gegenüber den den DGB-Programmen und offensichtlich auch den Positionen etlicher Kritiker zugrunde liegenden alten Gewißheiten (Lohnarbeit-Kapital-Widerspruch als Garantie potentieller Einheit der Arbeiterklasse und Produktivkraftentwicklung als Ansatzpunkt alternativer staatlicher Steuerungskonzepte) brachten die Zukunftsdiskussionen Ende der achtziger Jahre eine neue Dimension in die gewerkschaftliche Debatte (diese Zukunftsdiskussionen werden von den hessischen Kritikern des Programm-entwurfs schulterklopfend hervorgehoben, aber zugleich in eine Zeit des vergangenen stabilen Entwicklungspfads des westdeutschen Kapitalismus verwiesen - 1988 war eben die Welt noch in Ordnung!): nämlich die Erkenntnis, daß die moderne Gesellschaft nicht nur Einheit, sondern vor allem *Differenz* produziert; mehr noch: daß das von den Gewerkschaften aus guten verteilungspolitischen Gründen eingeforderte Wachstumsmodell des Industrialismus schon mittelfristig global nicht durchzuhalten ist und daß deshalb die alten Sicherheiten der gewerkschaftlichen Politik hinterfragt werden müßten. Um so erstaunlicher daher, daß die Kritiker die Tatsache, daß der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms gerade ökologische Problemstellungen, Fragen der gesellschaftlichen Differenzierung, des Geschlechterverhältnisses und des Zusammenhalts der Gesellschaft an zentralen Stellen thematisiert, entweder geflissentlich übergehen, weil es nicht in ihr grundwidersprüchliches Schema paßt, oder aber - auch das ist eine Methode der wenig hilfreichen Kritik, nach dem Motto „jetzt wollen wir aber alles“ - ausgefeilte Programme zur Emanzipation von Frauen, Jugendlichen, Schwulen/Lesben usw. einfordern.

Leitbilder des Programm-entwurfs

Bevor ich den Programm-entwurf in einigen Punkten diskutiere, möchte ich zunächst die Frage stellen, warum der DGB denn überhaupt ein Programm braucht, das dann nach heftigen und kontroversen Diskussionen doch in den Schubladen verschwindet - viel Lärm um nichts? Das klassische Verständnis

eines Grundsatzprogramms für Großorganisationen zeigt sich besonders in den Kritiken: man möchte einen klaren Rahmen für das gewerkschaftliche Handeln erhalten, das Programm soll angeben, wohin die Reise geht - nach dem Muster: „Da lang"! Wobei der Unterschied zwischen „Grundsatzprogrammen" und „Aktionsprogrammen" schon mal unter den Tisch fallen darf. Die Fragen, die sich hier stellen, sind einmal die nach der Erfolgsträchtigkeit der vorangegangenen Programme, zweitens die nach der Funktion des aktuellen, in Dresden zu beschließenden Programms.

Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, inwieweit die bisherigen Grundsatzprogramme die praktische Politik wirklich angeleitet hätten. Alle hehren gesellschaftlichen Ziele, die in diesen Programmen - zumal in ihren Präambeln und allgemeinen Einführungsteilen - verkündet wurden, wurden so nicht verwirklicht. Das Erstaunliche dabei ist nur, daß dennoch die DGB-Gewerkschaften als Organisationen - sieht man sich einmal die Ergebnisse in der Lohnpolitik, der Arbeitszeitpolitik, beim Ausbau des Sozialstaats, bei der Stabilität des Organisationsgrades etc. bis Mitte der achtziger Jahre an - recht erfolgreich waren. Sicher, auch sie waren Programminhalte, aber zugleich seit jeher die klassischen Ziele von Gewerkschaften, brauchte man dazu ein Grundsatzprogramm? An anderer Stelle habe ich deshalb im Rahmen eines Beitrags des Hattinger Kreises zur Programmdiskussion dafür plädiert, statt eines Programmentwurfs den gewerkschaftspolitischen Diskurs im DGB zu institutionalisieren: „Diskurs statt Programm".³ Aber immerhin, der vorliegende Entwurf vermeidet weitgehend das, was seine Kritiker und wahrscheinlich die Mehrheit der hauptamtlichen Gewerkschafter von einem Grundsatzprogramm prompt einfordern und was sie wohl auch „auf die Palme bringt", nämlich konkrete Umsetzungsmodelle vorzutragen, fertige Lösungen zu allen gestellten und ungestellten Fragen anzubieten. Und damit scheinen offensichtlich wenige hauptamtliche Gewerkschafter/innen umgehen zu können. Statt dessen wird in dem vorliegenden Entwurf der Rahmen eines gewerkschaftlichen Diskurses abgesteckt, und es wird vermieden, in den Programmaussagen sich der Illusion der allseitigen Machbarkeit der Gesellschaft nach einmal gefundenen Grundsätzen gewerkschaftlicher Politik hinzugeben.

Inhaltlich überzeugen vor allem die folgenden sieben Leitsätze, die sich für mich aus dem umfangreichen Text ergeben. Diese sind:

1. Die durch die Internationalisierung und Globalisierung der kapitalistischen Ökonomie und die damit scheinbar erzwungene Standortlogik und die durch die Modernisierung der Gesellschaft immer deutlicher aufscheinende Gefahr einer realen Zersetzung des Zusammenhangs der Gesellschaft werden im Programm ernstgenommen; der soziale Zusammenhang wird als Bedingung für eine mittelfristig funktionierende kapitalistische Ökonomie, den Sozialstaat („soziale Marktwirtschaft") und die Demokratie verteidigt -

³ Vgl. Hattinger Kreis, Diskurs statt Programm, in: Heinz-Werner Meyer (Hrsg.), Aufbrüche -Anstöße, Köln 1994.

und dies werden in der Tat die zukünftig zentralen Fragen unserer Gesellschaft sein.

2. Individualisierung, Ökologisierung, Geschlechterfrage - werden als zentrale gesellschaftliche Fragestellungen bzw. Herausforderung der modernen kapitalistischen Gesellschaft ernstgenommen und nicht mehr insgeheim als „abgeleitete Widersprüche“ verstanden (die besonderen Interessen der Arbeiterklasse sind eben nicht zugleich die allgemeinen Interessen der Gesellschaft). Daraus wiederum folgt, daß Gesellschaft - obwohl weiterhin ökonomisch durch den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital und die internationalisierte kapitalistische Akkumulationsdynamik strukturiert - als eine in sich differenzierte soziale Struktur verstanden wird, in der sich unterschiedliche Handlungsoptionen und -rationalitäten entwickeln und in der sich deshalb zugleich unterschiedliche Verständnisse von Emanzipation in den sich ausdifferenzierenden Schichten und Lebenslagen, bei Beschäftigten und Arbeitslosen, unterschiedlichen Generationen und zwischen den Geschlechtern herausgebildet haben und bilden.

3. Solidarität wird deshalb zu Recht nicht mehr als quasi naturwüchsige Gratisgabe der Zentralität des Grundwiderspruchs und nicht mehr zu hinterfragende Voraussetzung gewerkschaftlicher Politik gesetzt, sondern als Ergebnis eines Diskurses auf Basis der realen Differenzen und unterschiedlichen (sozialen, ökologischen, geschlechtlichen) Problemlagen innerhalb der Lohnabhängigen verstanden, als „Ergebnis von Einsicht, die geweckt und gestärkt werden muß“. Daraus folgt dann, daß auch die konkreten gewerkschaftlichen Ziele nicht mehr als selbstverständlich und widerspruchsfrei vorausgesetzt werden können, sondern eines solchen Diskurses bedürfen - wofür der Programmentwurf Raum beläßt. Zugleich bleiben aber demgegenüber allgemeine Eckpunkte der Programmatik die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz.

4. Die (allerdings sehr allgemein gehaltene, weil wohl zwischen den Einzelgewerkschaften strittige) Forderung nach einem sozialökologischen Umbau und das Konzept einer innovativen, intelligenten, national wie international ausgelegten sozialen und ökologischen Regulierung des entfesselten Kapitalismus wird auf allen Ebenen gewerkschaftlicher Politik erhoben. Nicht ein abstraktes alternatives Sozialismusmodell, sondern die Forderung nach nationaler und internationaler Regulierung einer tendenziell entfesselten Ökonomie durch soziale und ökologische Maximen steht im Vordergrund des Entwurfes - eine Forderung, die eben nicht als geschlossenes Modell umsetzbar ist, weil darin eine Fülle von Gegensätzen von ökologischen und sozialen Zielen, Brancheninteressen und regionalen Interessen etc. zu verarbeiten wäre (erinnert sei nur an so scheinbar einfach umzusetzende Forderungen nach einer Ökosteuer, von einer Strategie der „sustainable development“ ganz zu schweigen: hier gibt es keine Königswege). Sinnvollerweise ist die Findung von Regulierungsmodellen deshalb nur als langwieriger Prozeß

der Entwicklung von gesellschaftlichen Bündnissen und Forderungen, des Protesthandelns und Verhandelns und der Kompromißfindung zu denken.

5. Der Ansatz einer Gestaltungs- und Verteilungspolitik im Betrieb, in der Branche und in der Gesellschaft wird jenseits eines etatistischen Ansatzes („alles über den Staat“) positiv als Partizipationspolitik und gewerkschaftspolitische Aufgabe entwickelt; der öffentliche Sektor wird dabei von Kritik (Herrschaft/Bürokratie) und Umbauforderungen nicht ausgenommen, und dagegen wird ein Konzept der Modernisierung des öffentlichen Dienstes als Effizienzsteigerung und als Ansatz zu mehr Bürgernähe und -beteiligung gesetzt.

6. Es wird implizit eine Kritik der Normalarbeitsfiktion entwickelt; es werden die Regulierung und Absicherung atypischer Erwerbsarbeit gefordert, zugleich werden erstmals die Bedeutung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit und die Familienarbeit als Quelle gesellschaftlichen Reichtums hervorgehoben. Unterschiedliche Arbeits- und Lebensentwürfe werden so positiv bewertet und zugleich als regulierungsbedürftig bezeichnet. Nicht nur an diesem Beispiel kann gezeigt werden, daß das Programm zum Leitsatz hat, daß die Risiken der Modernisierung durch Regulierung verhindert oder abgesichert werden müssen, zugleich aber die in diesem Modernisierungsprozeß enthaltenen emanzipatorischen Chancen für Individuum und Gesellschaft politisch gefördert werden sollen.

7. Die Internationalisierung des Kapitals und die Europäisierung von Ökonomie und Politik werden ernst genommen, Europa wird als zentrale gewerkschaftliche Aufgabe gesehen, wobei hier hervorzuheben ist, daß die internationale und europäische Dimension nicht (nur) als Appendix erscheint, sondern daß die thematischen Abschnitte diese Dimensionen jeweils mit ansprechen: Vollbeschäftigungspolitik, Mitbestimmung und Gestaltung der Ökonomie werden z. B. immer zugleich auch als Aufgabe im Rahmen der Europäischen Union begriffen, der Internationalisierung des Kapitals wird die Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung durch Regulierung der Weltökonomie entgegengesetzt (auch wenn im Detail dem Plädoyer für einen freien Welthandel gegenüber Skepsis angebracht ist).

Zentrale Defizite: Marktgläubigkeit und Vollbeschäftigungsideal

Wird der Programmentwurf entlang dieser hier genannten inhaltlichen Leitsätze gelesen, dann offenbart er sich in vielerlei Hinsicht als weitaus revolutionärer als die Sozialismus- und Gegenmachtrhetorik seiner Kritiker, denn die kapitalistische Moderne wird beim Wort genommen, die realen Differenzen und Pluralitäten werden als Aufgabe gesehen,⁴ ihre emanzi-

4 Das Aufgreifen der sozialen Ausdifferenzierungen und Pluralitäten der modernen kapitalistischen Gesellschaften als Ansatzpunkt von Politik - ein zentraler Vorzug des Programmentwurfs - wird bei Fichter u. a. (vgl. Michael Fichter u. a., Programm der Beliebigkeit, in: GMH 4/1996) nun ausgerechnet als „Beliebigkeit“ des Programmentwurfs gegeißelt.

patorischen Potentiale, die die traditionelle Gewerkschaftspolitik bislang stets als Risiko sah, werden aufgegriffen und gegen die in der kapitalistischen Akkumulationsdynamik enthaltenen Dementis verteidigt. Natürlich nicht in der hier benutzten Begrifflichkeit (mit deren Hilfe der Entwurf interpretiert wird), schließlich sind die DGB-Gewerkschaften Einheitsgewerkschaften und mehr noch: *Mitgliedergewerkschaften*. Die sich manchmal recht revolutionär gebenden verbalen Positionen einzelner Hauptamtlicher sollen ja nicht immer das Durchschnittsbewußtsein der Mitgliederschaft oder gar der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt repräsentieren.

Dennoch scheint auch mir trotz dieser positiven Einschätzung wichtiger Passagen bei folgenden Aspekten des Programmentwurfs Kritik notwendig - ohne daß ich allerdings daraus gleich folgere, daß der DGB doch den Kongreß im Dezember absagen möge - schließlich wurde ja der *Entwurf zur Diskussion* präsentiert.⁵ Diese Kritikpunkte sind:

1. Die soziale Marktwirtschaft wird in dem Entwurf als Etikett für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schlechthin hervorgehoben. Soweit dies in einer naiven Form geschieht, ist die Kritik daran berechtigt. Denn es gibt nicht *die* soziale Marktwirtschaft; es gibt historisch gewordene, privatdezentrale und mithin marktvermittelte Ökonomien (Kapitalismen), die mehr oder minder der politischen und gesellschaftlichen Regulierung bedürfen, um überhaupt funktionieren zu können (die „reine“ Marktwirtschaft bedeutet „Mafiawirtschaft“, wie einige Beispiele im Osten zeigen). Das „mehr oder weniger“ der Regulierung ist einmal abhängig von ökonomischen Entwicklungsstufen (z. B. Akkumulationstypen), vom Stand der gesellschaftlichen Modernisierung (aktuelle Stichworte: Wertewandel, Pluralisierung von Lebensstilen, Individualisierungsprozesse) und von gesellschaftlichen Konflikten sowie den daraus resultierenden Kompromissen („Sozialstaat“ als Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, „ökologische Regulierung“ aufgrund des Drucks durch neue soziale Bewegungen). Soziale Gegensätze und Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, die durch das innerbetriebliche Herrschaftsverhältnis auf Basis des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und durch die über Märkte potentiell freigesetzte Dynamik des einzelwirtschaftlichen Prinzips „aus Geld mehr Geld zu machen“ entstehen, werden dabei immer zentral sein (und deswegen „Gegenmacht“ notwendig machen), ohne daß aus diesen Widersprüchen das Handeln der gesellschaftlichen Akteure jeweils ableitbar ist. In dieser Sicht ist die kapitalistisch funktionierende soziale Marktwirtschaft keine feste Größe, sondern ein *historisch gewordener* Bezugspunkt gewerkschaftlichen Handelns, dessen

⁵ Ein immer wieder in den aktuellen Diskussionen vorgebrachter Vorwurf ist der, daß die Gewerkschaftsmitglieder zu wenig Zeit hätten, den Entwurf zu diskutieren. Dazu ist zu sagen, daß die Diskussion u. a. in den Gewerkschaftlichen Monatsheften seit einigen Jahren geführt wurde und daß der Bundesvorstand neben einem breit verteilten Leitfaden zur Programmdebatte und der Initiierung einer Fülle von Veranstaltungen mittlerweile fünf Bände zur Grundsatzprogramm-Diskussion im gewerkschaftsnahen Bund-Verlag herausgebracht hat. Vielleicht sollten auch Hauptamtliche bei aller vorhandener Arbeitsüberlastung öfters einmal gewerkschaftseigene Veröffentlichungen lesen - und nicht nur ihr „heimliches Zentralorgan“, das Handelsblatt.

soziale - und immer mehr auch ökologische - Regulierung zentraler Bestandteil gewerkschaftlicher Politik ist. Wird sie dagegen als Wirtschaftsordnung nicht mehr hinterfragt, können die inner- und außerbetrieblichen Ansätze politischer Regulierung der Herrschaftsbeziehungen und des Wirtschaftens gerade nicht mehr begründet werden, bleibt sie - wie im Entwurf an manchen Stellen deutlich - nur noch *moralisches Postulat*. Auch werden dann die systemischen Grenzen einer sozialen und ökologischen Regulierung nicht mehr gesehen - was aber bekanntlich eine zentrale Voraussetzung ihrer politischen Überwindung ist.

2. Nicht zuletzt auf dem Hintergrund dieser naiven Setzung der sozialen Marktwirtschaft wird die Bedeutung der gegenwärtigen Umbruchphase des globalen Kapitalismus zu diffus eingeschätzt: Nur angerissen wird die Internationalisierung als Aufgabe, den sich neu entwickelnden Akkumulationstyp und die Verselbständigung der Geldkapitalsphäre (Finanzinvestitionen) auf dem Weltmarkt zu regulieren und den aktuell ablaufenden Kostensenkungswettbewerb - also die moderne Wirtschaftspolitik - zu verhindern, der allgemein nur als globales Negativsummenspiel enden kann. Zentrale Herausforderungen der Gewerkschaften durch neue Produktionskonzepte (Gruppenarbeit, lean production und lean management, outsourcing, global sourcing und Vernetzungsstrategien) werden, wenn überhaupt, dann nur am Rande benannt und dementsprechend als Problemfeld nicht oder nur andeutungsweise umrissen. Dieser Komplex wäre aber als wichtige Bedingung und als Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Politik im Unternehmen, in der Branche und in der Region und international präziser zu fassen. Es käme darauf an, einen innovativen, modernisierten und kooperativ organisierten Kapitalismus als Gesellschaftsmodell gegen das Kapital selbst durchzusetzen, die partizipatorischen und ökologischen Chancen gegen die selbstdestruktiven Tendenzen im Kapitalismus zu verteidigen und voranzutreiben - als Voraussetzung von mehr Demokratie und sozialer Emanzipation. Die zur Zeit ablaufende krisenhafte Entwicklung und der ökonomische Umbruch werden dabei - dies den Kritikern des Entwurfs ins Stammbuch - nicht *mehr Einheit* im Sinne allgemeiner Verelendung, sondern *mehr Differenz* und damit Vereinzelung, Schock und Fatalismus - vielleicht Revolten -, aber nicht zwingend massenhafte spontane soziale Bewegung oder gar Revolution und damit eine Systemüberwindung produzieren. Eher ist also ein weiterer, ökonomisch forciertes Verlust an sozialer Kohäsion der Gesellschaft zu erwarten. Um so wichtiger werden gesellschaftspolitisch jene solidarischen und demokratischen Alternativen, für die der Programmentwurf vehement eintritt.

3. Das unterstellte traditionelle Vollbeschäftigungsideal (hier bleibt der Programmentwurf widersprüchlich) ist *so* nicht mehr herstellbar; weil das darin zugleich unterstellte Normalarbeitsverhältnis, die patriarchalische Normalfamilie (nicht das Patriarchat selbst!), die ehemals relativ niedrige Erwerbsquote bei Frauen und der der Vollbeschäftigungserfahrung zugrunde liegende kapitalistische Akkumulationstyp der fordistischen inflexiblen

Massenproduktion der Nachkriegszeit nicht mehr vorausgesetzt werden können - und dies ist (abgesehen von den ökonomischen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit) noch nicht einmal ein Unglück. Neue Formen der Arbeitsverteilung und der sozialen Sicherung (z. B. Überlegungen zur Grundversicherung u. ä.) müssen deshalb als solidarische Innovation/Reform der sozialen Sicherung und der Vermeidung von (besonders geschlechtlicher) Diskriminierung in der Gesellschaft ebenso diskutiert werden wie eine andere Verteilung von Erwerbsarbeit und eine gesellschaftlich zu organisierende Bezahlung von gesellschaftlich nützlichen, aber bislang unbezahlten (nicht bewerteten) Tätigkeiten. Dabei gilt, daß die Umverteilung von Arbeit mit einer Umverteilung von Reichtum einhergehen muß; eine Aufgabe, die heute - will man nicht in die von den Kritikern offenbar favorisierte nationalprotektionistische Politik zurückfallen — international durchgesetzt und reguliert werden muß.

4. Der DGB, die Einzelgewerkschaften und ihr Verhältnis zum DGB kommen in dem Entwurf zu einem Grundsatzprogramm des DGB gar nicht vor. Dabei hätte durchaus die Gelegenheit bestanden, auch hier den Rahmen eines innergewerkschaftlichen Diskurses abzustecken, der zentrale gewerkschaftsorganisatorische und -politische Reformthemen ansprechen müßte: Einmal die politischen und organisatorischen Probleme, die sich aus der Verflüssigung der Branchengrenzen im Zuge moderner Produktionskonzepte, aus dem Bedeutungszuwachs der Region und der europäischen und internationalen Ebenen ergeben; zweitens (und damit vielfältig verbunden) die Fragen, die sich mit der inhaltlichen Ausweitung des Vertretungsanspruches der Gewerkschaften gegenüber einer sozial und interessenmäßig pluralisierten Arbeitnehmerschaft stellen; und drittens die Frage nach dem notwendigen allgemeinen Rahmen einer Reform des DGB jenseits von Sparschwängen, einer Reform des Verhältnisses von Einzelgewerkschaften zum DGB und untereinander.

Steuerungsmodell für eine regulierte Ökonomie

Der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms des DGB gibt in der Tat „keine Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen“.⁶ Davon hatten wir auch genug - und abgesehen von abstrakt postulierten Forderungen nach Gegenmacht und nach Steuerungsmodellen für eine nach gesellschaftlichen Bedürfnissen (wer bestimmt diese?) regulierte Ökonomie fällt auch Heinz Bierbaum als prominentem Kritiker nicht viel Konkreteres ein. Ein konkreter Schritt vorwärts allerdings — so schon Karl Marx - wäre auch hier allemal wichtiger als hundert Programme: Der Programmentwurf gibt keine fertigen Antworten und schon gar nicht gibt er solche Antworten im Detail, aber er steckt - bei aller notwendiger Kritik - den Rahmen ab, innerhalb dessen konkrete Antworten in den Gewerkschaften jenseits der traditionellen bzw. traditionalistischen Scheuklappen erarbeitet werden könnten: im Sinne der

⁶ So der zentrale Vorwurf der Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter.

sozialen und ökologischen Einbindung eines vorerst weltweit entfesselten Kapitalismus, im Sinne der Verteidigung der Demokratie und eines reformierten Sozialstaats als Voraussetzung einer solchen Regulierung und der Durchsetzung von Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit in einer ökonomischen und sozialen Umbruchphase. Wenig, gemessen an den hehren sozialistischen *Zielen*, gewiß, aber viel angesichts der globalen Zukunftsperspektiven.